



## **Krise Coronavirus: Impfstoff gegen COVID-19**

### ***Parlament beklagt Intransparenz der beteiligten Firmen***

Am 22.09.2020 fand im Europäischen Parlament (EP) eine gemeinsame öffentliche Anhörung der Ausschüsse für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Gesundheit (ENVI) und für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) statt. Thema war: „Wie kann sichergestellt werden, dass EU-Bürger Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19 haben? Herausforderungen im Zusammenhang mit klinischen Prüfungen, der Herstellung und der Verteilung.“ Die Abgeordneten wollten u. a. wissen, wann mit einem Impfstoff gegen COVID-19 zu rechnen sei, aber auch, welchen Inhalt die zwischen der Europäischen Kommission und Pharmafirmen ausgehandelten Vorabkaufverträge haben.

Die Kommission verhandelt derzeit im Auftrag der Mitgliedstaaten mit der Pharmaindustrie über Vorreservierungen von Dosen potentieller Impfstoffe. Sie hat bereits mit AstraZeneca und Sanofi entsprechende Abkommen geschlossen. Sondierungsgespräche laufen derzeit mit Johnson & Johnson, CureVac, Moderna und BioNTech. Über die Inhalte ist kaum etwas bekannt, sehr zum Unwillen der Abgeordneten. Ihre Hoffnung, bei der Anhörung mehr zu erfahren, wurde enttäuscht.

Es waren Vertreter von Sanofi (Thomas Triomphe, Exekutiv-Vizepräsident), Curevac (Jean Stéphane, Vorsitzender des Aufsichtsrates) und des Europäischen Verbands der pharmazeutischen Industrie (Sue Middleton) der Einladung gefolgt. Außerdem waren die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA, Dr. Fergus Sweeney), Ärzte ohne Grenzen (Dr. Sidney Wong) und Professor Robin Shattock von der Medizinischen Fakultät des Imperial College London anwesend.

Die Vertreter der Pharmafirmen berichteten über den Stand der Dinge und gingen dabei teilweise sehr ins Technische. Die mit kürzlicher Zustimmung des EP ausgesprochene Erlaubnis, vorübergehend auch mit genveränderten Substanzen zu forschen, führe möglicherweise dazu, dass weniger Impfstoff nötig sei und dadurch niedrigere Dosen verabreicht werden müssten. Dadurch erwarte man eine Kostenersparnis. Middleton führte aus, dass der Preis einer Dose zwischen fünf und 15 Euro liegen könnte. Stéphane erläuterte, dass für die Produkte ihrer Firma mit Sicherheit zwei oder sogar drei Dosen pro Person erforderlich sein würden. Wann jedoch mit einem wirksamen Impfstoff zu rechnen sei, wollte niemand prognostizieren. Es wurde von einem Zeitraum zwischen sechs und zwölf Monaten gesprochen.

Die Abgeordneten waren fraktionsübergreifend auch viel mehr daran interessiert, was in den Vorabvereinbarungen zwischen Kommission und den Unternehmen genau steht und forderten mehr Transparenz. MdEP Marc Botenga (GUE) verlangte eine Offenlegung, nicht zuletzt, weil die Firmen massiv mit öffentlichen Geldern bei ihrer Forschung unterstützt würden. Die Vertreter der Pharmaindustrie beriefen sich auf den Grundsatz des Geschäftsgeheimnisses, man stehe hier im Wettbewerb mit anderen Firmen, nicht nur in Europa.

Schließlich stand das Thema Haftung im Mittelpunkt der Debatte. Der Umstand, dass die Kommission die Pharmaindustrie bezüglich unerwarteter Nebenwirkungen von Haftungsfragen freistellen möchte, stieß auf scharfe Kritik.

Die beiden Ausschussvorsitzenden – MdEP Pascal Canfin (Renew Europe) und MdEP Cristian Bușoi (EVP) - machten abschließend, stellvertretend für alle Abgeordneten, keinen Hehl aus ihrer Enttäuschung. Es bestehe noch erheblicher Klärungsbedarf, was Herstellung und Verteilung zukünftiger Impfstoffe, die bislang völlig unzureichende Transparenz der Vereinbarungen, Risikohaftung und Fälle von Virusmutationen, angeht.

Diese Anhörung fand am Tag nach der Veröffentlichung eines Berichts statt, in dem die Lobbyarbeit der Pharmaindustrie während der Pandemie angeprangert wird. Dieses Dokument, das am 21.09.2020 vom Corporate Europe Observatory (CEO) veröffentlicht wurde, befasst sich vor allem

## Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert

---



damit, wie sich die Lobby der Pharmaindustrie (European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations, EFPIA) gegen die gemeinsame Beschaffung von Medizinprodukten ausgesprochen hat.

---

Weiterführende Informationen:

<https://corporateeurope.org/en/2020/09/power-and-profit-during-pandemic>

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/envi-itre-joint-hearing-on-how-to-secure-access-to-covid-19-vaccines-for-eu-citizens-clinical-trials\\_20200922-0900-COMMITTEE-ENVI-ITRE\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/envi-itre-joint-hearing-on-how-to-secure-access-to-covid-19-vaccines-for-eu-citizens-clinical-trials_20200922-0900-COMMITTEE-ENVI-ITRE_vd)